

11. Gegen-hegemoniale Tendenzen

L'ordre pour base; le progrès pour but.

AUGUSTE COMTE

Wir sind das Russland des 21. Jahrhunderts.

AUS EINEM INTERVIEW

11.1 EINLEITUNG

Die vorliegende Diskussion des gegen-hegemonialen Diskurses fußt in erster Linie auf 19 semistrukturierten, leitfadengestützten Interviews mit insgesamt 17 Vertretern aus Zivilgesellschaft, Politik, Medien und Wissenschaft, die im Zeitraum Mai-August 2009 in Moskau und St. Petersburg durchgeführt wurden. Alle Interviewpartner wurden gebeten, ihre Einschätzung der acht Jahre unter Putin frei zu formulieren. Insbesondere interessierten jene Themenbereiche, die bereits bei der Analyse der Texte des offiziellen Diskurses im Vordergrund standen. Natürlich kann dabei keinerlei Anspruch auf Repräsentativität erhoben werden. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass die Interviewpartner, die nach einem Schneeballverfahren selektiert wurden, unter denen Akademiker überwiegen und die sich zumeist gegenseitig kennen, einen bestimmten *Strang* des gegen-hegemonialen Diskurses vertreten. Ungeachtet der vielen Gemeinsamkeiten – die wichtigste: die kritische bis ablehnende Haltung gegenüber dem gegenwärtigen Regime – zeigen die Gespräche eine Vielfalt an Meinungen und Forderungen. Bemerkenswert ist auch, dass „Demokratie“ oder „Freiheit“ keine zentralen Marker oder Forderungen sind. Insgesamt zeichnet sich das Bild einer „weichen“ Form von Opposition ab, die sehr kritisch aber nicht umstürzlerisch-radikal ist. Ihre „Radikalität“ bezieht sich vor allem auf eine Opposition gegen die Regierenden im Allgemeinen und gegen die Bürokratie im Besonderen. Im gegen-

hegemonialen Diskurs finden sich viele Forderungen, die im offiziellen Diskurs aufgenommen wurden – aber auch solche, die dort keine Aufnahme gefunden haben. Es ist also nur bedingt eine anti-systemische Opposition.¹

11.2 GRUNDPOSITIONEN IM GEGEN-HEGEMONIALEN DISKURS

Alle Gesprächspartner bewerten die Entwicklung des russischen politischen Systems kritisch. Wenige sind so deutlich, dass sie von einem autoritären Regime sprechen (Interview 9/2/19-20 und 9/3/43), aber alle ziehen eine negative Bilanz der Putin-Jahre und konstatieren zumindest *autoritäre Tendenzen* (Interview 14/1/17). Es besteht ein ausgeprägtes Bewusstsein dafür, was als demokratisch gilt und was nicht, wobei als genuin demokratisch vorrangig die politischen Systeme westlicher Länder angesehen werden. Deren Bewertung mag im Einzelnen unterschiedlich ausfallen, doch zugleich gibt man sich überzeugt, dass Russland weit entfernt ist von Demokratie in diesem Sinne. Die Einengung für Artikulationsspielräume wird deutlich in der Aussage eines Ökonoms: „Ich denke, der wichtigste demokratische Wert ist (Meinungs-) Vielfalt (*raznoobraziye*). Das ist der eigentliche Sinn von Demokratie“, und es sei diese Dimension von Demokratie, die in Russland unterentwickelt sei (Interview 19/2/16-17). Der Kollege einer NGO stellt ähnlich fest: „Die Meinungsvielfalt ist geschrumpft, das Fernsehen wurde unter Kontrolle gebracht, und die Selbstzensur hat zugenommen.“ (Interview 14/1/13-14) Ein ehemals politisch aktiver Wirtschaftsprofessor, der auch als Berater für die Administration El'cin tätig war, fasst zusammen:

„Alle Kennzeichen von Demokratie wurden unter Putin abgeschafft. Ich kann weiterhin Sachen sagen und schreiben, wir können hier miteinander reden. Aber Sachen zu publizieren wird schwieriger: Am besten man macht es über Freunde, am Staat vorbei. Auf keinen Fall kommt man ins Fernsehen oder ins Radio. Wir haben nur noch die *Novaja Gazeta*, die

1 Dem Wunsch der Gesprächspartner nachkommend, werden diese in der Arbeit anonym zitiert. Die Anonymisierung soll aber auch Ausdruck dafür sein, dass die interviewten Personen weniger als unabhängige Akteure betrachtet werden, sondern vielmehr als Träger eines Diskurses. Die Zitierweise verweist auf die Nummer des Interviews (erste Ziffer), die Seite (zweite Ziffer) und die Zeilen (dritte und nachfolgende Ziffern) des jeweiligen Interviewtranskripts.

aber niemand liest. *Echo Moskvy* ist auch nicht mehr so, wie es einmal war. Dort treten vor allem Liberale auf, die mit Putin zusammenarbeiten – Čubajs und ähnliche.“ (Interview 13/1/33-40)

Diese Aussagen belegen zwar, dass es Kanäle gibt, um abweichende Meinungen zu äußern, zugleich aber auch, dass das Interesse daran, diese Meinungen zu hören, in der breiten Öffentlichkeit geschrumpft zu sein scheint, dass die Rezeption gering ist und dass sich vormals kritische Medien der Hegemonie fügen. Sofern der Staat die Meinungsvielfalt nicht aktiv unterdrückt, nimmt er deren Begrenztheit zumindest billigend hin. Die wenigen oppositionellen Kanäle mit ihrem sehr begrenzten Publikum dienen dem Regime auch als Feigenblatt.

Insgesamt sei die Entscheidung für Demokratie, die *democratic choice*, aufgegeben worden (Interview 7/2/13). Häufig ist davon die Rede, dass Demokratie in Russland nur „nachgeahmt“ werde (Interviews 7, 9, 13, 17), und ein junger liberaler Politiker bezeichnet das politische System als eine „Schachtel-Demokratie“, als „einen leeren Karton, in dem nichts drin ist“ (Interview 9/2/13-14). Dagegen forderten er und seine Partei eine „echte Demokratie: echte Gewaltenteilung, Zivilgesellschaft, mehr Föderalismus, ein Parlament, in dem auch debattiert wird“ (Interview 9/2/48-49).²

Wiederholt äußert sich auch Frustration über die Bevölkerung, in der Demokratie als Wert nicht verankert sei. Demokratie sei ein Projekt einer Intelligenzija (gewesen), die nach dem Zusammenbruch der UdSSR insgesamt immer kleiner geworden sei und weder Unterstützung noch Förderung erhalten habe (Interview 9/2/19-22). In der Öffentlichkeit konzentrierte sich das Demokratieverständnis auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse von heute auf morgen (Interview 16/2/17-19) – und es ist genau diese Forderung nach Demokratie in diesem Verständnis, die vom offiziellen Diskurs aufgegriffen wird. Es ergibt sich so ein düsteres, desillusioniertes Bild der letzten 20 Jahre in Russland, nicht nur der Entwicklungen seit 2000:

„Was wenige im Westen aber auch in Russland verstehen ist, dass [beispielsweise] im Vergleich zu Polen, Tschechien oder den baltischen Staaten an den [pro-demokratischen] Demonstrationen Anfang der 1990er Jahre in Russland nur sehr wenige Menschen teilgenommen haben. Hier in Moskau waren es vielleicht 23.000. Können Sie sich das vorstellen?

2 Womit er sich implizit vom Vorsitzenden von ER distanziert, dem das Zitat zugeordnet wird, wonach das Parlament kein Platz für Diskussionen sei; für eine verkürzte Wiedergabe, vgl. [http://wbase.duma.gov.ru/steno/nph-sdbexe?BOCW\[F11&29.12.2003&F11&29.12.2003&F11&&F258&^&\]X1784](http://wbase.duma.gov.ru/steno/nph-sdbexe?BOCW[F11&29.12.2003&F11&29.12.2003&F11&&F258&^&]X1784) [07/01/2011].

len? Nur 23.000. Ich war selbst dabei und dachte, wir seien viele. Aber wir waren wenige, nur Angehörige der Intelligenzija, keine Arbeiter, und wenn, dann nur jene aus von der Schließung bedrohten Militärindustrien. Wissen Sie, wie viele sich 1991 um das Weiße Haus gestellt haben? [...] All das bedeutet: Es war keine Revolution. Russland hat keine [demokratische] Revolution erlebt.“ (Interview 13/2/8-15)

Große Übereinstimmung herrscht in der *Einschätzung des Parteiensystems* und der Rolle, die die einzelnen Parteien darin spielen. Einhellig wird der kommunistischen Partei Russlands (KPRF) das zugesprochen, was der Partei der Macht, *Edinaja Rossija*, fehle: eine soziale Basis. Obwohl für beide nur wenig Sympathien bestehen, wird der KPRF zugestanden, tatsächlich gesellschaftliche Interessen und Gruppen zu vertreten (Interviews 1, 2, 3, 9, 12, 14).

Über *Edinaja Rossija* herrschen negative Kommentare vor, ja, ihr wird überhaupt der Status als Partei abgesprochen. Ihr fehle vor allem ein Programm (Interview 9/2/43) beziehungsweise sie besitze kein anderes, als „für Putin“ zu sein (Interview 8/2/18). Sie kanalisieren und repräsentieren keine Interessen. Überhaupt: Wenn man etwas wolle, sollte man nach Möglichkeit direkt beim Präsidenten vorsprechen (Interview 1/2/40-41). Bei ER werde man Mitglied entweder aus „Dienstpflicht“ (Interview 2/2/30) oder um die eigenen Karrierechancen zu verbessern (Interviews 16/3/12; 18/2/22-23): „Sie ähnelt strukturell der KPdSU ist aber vor allem ein sozialer Lift.“ (Interview 8/2/17-19) Allerdings, so wird eingeräumt, gibt es Pläne, ER zu einer echten Partei auszubauen, und es wird anerkannt, dass sie zumindest teilweise beginnt, Interessen – nämlich diejenigen der Bürokratie – zu vertreten. *Edinaja Rossija* entwickle sich langsam zu einem Instrument der Eliterekrutierung.³

-
- 3 Ausführlich äußert sich ein unabhängiger Politologe zur Rolle von ER: „*Edinaja Rossija* entwickelt sich langsam zu einem [...] Instrument zur Elitenrekrutierung. Bisher war ER nur ein Teil des Systems zur Konsolidierung der Eliten während der ersten Präsidentschaft: [...]. [Heute] ist ER im Grunde eine Gruppe zur Unterstützung der Exekutive beziehungsweise der Administration der Duma. Doch sie versucht, sich von einer Partei unter der Macht [*partija pri vlasti*] zu einer [echten] Partei der Macht [*partija vlasti*] zu entwickeln, nach dem Muster des PRI in Mexiko oder der Liberalen Partei in Japan. Im Unterschied zu diesen Parteien, trifft ER [aber noch] keine wirklichen Entscheidungen, sie bestimmt aus ihren Reihen nicht mögliche Staatsoberhäupter, sie erarbeitet keine Entwicklungsstrategien [und] vertritt keine gesellschaftlichen Interessen. Letzteres hat sie aber doch teilweise erreicht: Sie vertritt die Interessen der Bürokratie, die es wirklich geschafft hat, zu einer führenden Schicht zu werden. Und sie hat es geschafft, [...] ein Zentrum der Elitenrekrutierung zu

Ähnlich negativ wird die LDPR bewertet, wenn auch aus anderen Gründen. Dies sei eine insgesamt „virtuelle“ Partei auf deren Parteilisten fiktive Personen stünden (Interview 2/2/26-27). Somit „sind alle Parteien irgendwie gleich, LDPR eingeschlossen. Außer vielleicht die KPRF, in der es eine regierungsnah und eine regierungsferne Strömung gibt. Momentan dominiert erstere“ (Interview 1/2/10-12).

Diese Einschätzungen des Parteiensystems deuten alle auf einen ausgesprochenen Mangel an Repräsentation hin, der Populismus Tür und Tor öffnet und einen Bedeutungszuwachs zentraler Institutionen wie Präsident und Premier mit sich bringt. Sie werden zu den einzigen Instanzen, die Forderungen repräsentieren können. Die Schwäche der Parteien bedeutet auch, wie viele politikwissenschaftliche Untersuchungen betonen (Hale 2004), dass Wahlen nicht die gleiche Funktion erfüllen wie in Systemen, in denen Parteien tatsächlich bestimmte Interessen kanalisieren und vertreten.

Ein breiter Konsens besteht auch in Bezug auf die *Rolle, die dem Präsidenten zugesprochen wird*. Explizite Kritik ist selten. Ihm wird vor allem zweierlei nachgesagt: Erstens, dass er eine symbolische Funktion erfüllt, und zweitens, dass er im politischen System als „letzter Arbiter“ agiert. Die symbolische Funktion erfülle er insbesondere gegenüber der Bevölkerung: Hier sei der Präsident kein einfacher Politiker oder Beamter, sondern ein direkter Interpret des Volkswillens (Interview 7/4/6); er symbolisiere die Einheit des Landes (Interviews 14/3/31-32; 16/3/28) und stehe dafür, dass es „Hoffnung“ gibt (Interviews 8, 14). Daher hätten auch die Präsidentenwahlen die wichtigere Bedeutung gegenüber Duma-Wahlen:

„Für die Menschen ist es wichtig, zumindest auf symbolischer Ebene, den Präsidenten wählen zu können, um zu sagen ‚wir haben ihn gewählt, er ist unser Präsident‘. Die direkte Verbindung Volk-Präsident ist wichtig. Es ist eine ‚Zeremonie‘, den Präsidenten zu wählen.“ (Interview 14/3/39-43)

Damit sei nicht so sehr die Entscheidung darüber, *wer* Präsident wird, in der Hand der Bevölkerung, sondern *dass* jemand Präsident wird. Die zugewiesene Bedeutung des Präsidenten als Symbol der Einheit Russlands macht ihn politisch nahezu unangreifbar. Damit bestätigt sich die Rolle, die dem Präsidenten im offiziellen Diskurs zugewiesen wird, auch im gegen-hegemonialen Diskurs. Besonders der Hinweis auf den Präsidenten als Hoffnungsträger deutet auf die

werden, vielleicht auch eines der wichtigsten dieser Zentren.“ (Interview 7/2-3/41-51, 1-9)

zentrale Rolle von unerfüllten Forderungen, um das populistische System aufrechtzuerhalten und zu perpetuieren. Sobald Forderungen erfüllt würden, verliert der Präsident seine eminent wichtige Hoffnungsträger-Funktion.

Zu der herausgehobenen Stellung des Präsidenten passt, dass eine Vielzahl der befragten Experten die *Loyalität gegenüber und die persönliche Bindung zu Putin* als wichtigstes Auswahlkriterium für die Besetzung von Ämtern (Interview 7/4/4) aber auch für das *Standing* der Parteien betrachten (Interview 8/2/14-15). Weltanschauliche Positionen, Parteibuch, Vergangenheit seien sekundär, solange Loyalität zum Präsidenten und zu dem, wofür er steht, garantiert wird. Personalentscheidungen, wie die über den Präsidenten Tschetscheniens, Kadyrov, oder auch über den Gouverneur des Kirover Oblast', Nikita Belych (und seiner Beraterin für soziale Fragen, Marija Gajdar),⁴ zeugen von der Irrelevanz weltanschaulicher Position und von der Bedeutung persönlicher Loyalität. Ein Soziologe erklärt damit auch die Ineffizienz des Systems: Wenn Loyalität und „moralische Eigenschaften“ mehr zählen als Sachkenntnis und Können, führe dies zu suboptimalen Ergebnissen. Dies gelte nicht zuletzt im Hinblick auf die Bürokratie (Interview 11/1/14-16), die nach dem gleichen Muster ernannt wird.

Die Interviewpartner teilen die Ansicht, dass das „System Putin“ insbesondere auf der *Verteilung von Geld* beruht (Interview 18/2/46), und das im doppelten Sinne. Zum einen als Pakt zwischen Regierenden und Bevölkerung: Wohlstand, zumindest in den wichtigsten urbanen Zentren, gegen politische Passivität;⁵ zum

4 Die Ernennung dieser ehemaligen demokratisch-oppositionellen SPS-Politiker im Dezember 2008 beziehungsweise im Februar 2009 ist umstritten. Belych selbst sagte zu seinem de facto Austritt aus der Opposition: „When you have nothing at all, when you cannot even get close in the elections, when all your paths are being cut off, then you just can't have a political party. [...] There should be no fighting for the sake of fighting. There should be results, a change in the situation of the country.“ (zit. nach Levy 2008) Marija Gajdar reagierte darauf zunächst mit scharfer Kritik: „Nikita Belych hat ein verbrecherisches Abkommen mit einer verbrecherischen Staatsmacht geschlossen. Nikita ist übergelaufen [...] zum Gegner [...]. Man beachte auch, dass er nicht mit leeren Händen übergelaufen ist.“ (zit. nach Ėkspert 2009) Er habe dem Teufel seine Seele verkauft (Kommersant 2009). Zu ihrem eigenen „Überlaufen“ als Belychs Beraterin für soziale Fragen nur wenige Wochen später erklärte sie dann auf ihrer Homepage: „Das ist keine politische Stelle [die ich annehme]. [...] Meine Tätigkeit ist zeitlich begrenzt, ich arbeite auf gesellschaftlicher Basis, [und] einen Lohn bekomme ich nicht.“ (Gajdar 2009)

5 Die Situation erinnert in diesem Sinne also an jene unter Brežnev (Cook 1993; Millar 1985).

anderen, im Sinne einer Verteilung von Ressourcen an bevorzugte Gruppen, die als wichtig für den Machterhalt gelten.

Für einige Menschen habe sich, zum einen, die ökonomische Situation unter Putin merklich verbessert. Für diese sei es bequemer, wohlhabend zu sein in einem autoritären Land als arm in einem demokratischen (Interview 16/2/31-32). Ein Historiker zweifelt allerdings an der These des Paktes „Wohlstand gegen Passivität“, zumal das Wirtschaftswachstum, das Russland seit Ende der 1990er Jahre erlebt hat, nur Teile der Bevölkerung erreichte. Vielmehr ginge es um einen sozialen Frieden in einem nicht-ökonomischen Sinne – wie er sich besonders abzeichnet im Kontrast zu den 1990er Jahren – den das Regime im Tausch gegen die politische Passivität anbietet (Interview 4/2/4-6): um eine Beständigkeit und Gewissheit auf politischer und sozialer Ebene.

Zum anderen werde gezielt Geld an machtrelevante Gruppen verteilt, sowohl im großen Stil an die Geheimdienste (*specslužby*) und den bürokratischen Apparat (Interview 9/3/19-20) als auch punktuell, beispielsweise für regierungsfreundliche Bewegungen (wie die *Naši*) oder direkt für einzelne Demonstrationen.⁶ Wiederholt wurde die Hoffnung geäußert, dass das System durch die ökonomische Krise zu bröckeln beginne und Konflikte nicht mehr einfach „aufgekauft“ werden könnten (Interview 7/1/43-44). Die Krise, die 2009 zu einem medienbeherrschenden Thema geworden war, wurde für viele Experten als Chance für tiefgreifende Veränderungen gesehen. Mit der Krise kam erstmals wieder ein Element der Unsicherheit nach Russland und damit das Potenzial für eine Dislokation des offiziellen Diskurses, der so stark Stabilität und Kontinuität betont.

Schließlich wird auch im gegen-hegemonialen Diskurs ein *ambivalentes Bild der UdSSR* gezeichnet. Einerseits wird das hohe Maß an sozialer Sicherheit hervorgehoben, über welches das Land verfügt habe und das dem heutigen Russland fehle (Interview 16/2/17). Auch habe es mehr Ordnung gegeben und so etwas wie eine Mittelklasse – vor allem in einem kulturell-politischen Sinn (Interview 18/2/6, 15). Zudem stelle die Sowjetunion das „gesamte symbolische Material Russlands“ bereit (Interview 5/2/8-9). Unter diesen Gesichtspunkten ist die UdSSR selbst im gegen-hegemonialen Diskurs und unter oppositionell demokratisch gesinnten Gesprächspartnern weitgehend positiv konnotiert.

Ein Historiker, der auch eine Anstellung an einer Universität im Ausland hat, erläutert:

6 „Die Unterstützung ist weitgehend gekauft. Ich habe selbst gesehen, wie auf pro-Putin-Demos Geld verteilt oder [von den Demonstranten] eingefordert wurde. Die ganze Unterstützung basiert auf Geld – sie könnte jetzt in Krisenzeiten wegbrechen.“ (Interview 6/1/11-13)

„Klar, ich sage Ihnen warum [die UdSSR in vielen persönlichen Alltagsgesprächen positiv dargestellt wird]: Seit Chruščëv gab es praktisch keine Repressionen im größeren Stil. Die Menschen erinnern sich nicht an ‚KGB‘, sondern an ‚alles kostenlos‘. Im Grunde ging es immer nur der Intelligenzija um Demokratisierung. Was aber hat die Intelligenzija in den 1990er Jahren gewonnen? Der Großteil musste mit ansehen, wie sie stark an Status [traditionell hoch in der UdSSR] und an Einkommen einbüßten. Gewonnen haben diejenigen, die eine individuelle Strategie gefahren sind, zumeist: einen Job bei einer ausländischen Firma finden [...]; oder einfach weggehen. Oder sie gingen unter die Geschäftsleute, verstehend, dass der Staat nichts für sie machen kann und will. Berezovskij [Mathematiker] und Chodorkovskij waren denn auch weniger an Demokratisierung interessiert als daran, den Staat für sich zu nutzen.“ (Interview 5/2/23-33)

Das Gesamtbild der UdSSR fällt allerdings insgesamt kritisch aus und es werden ökonomische Mängel und fehlende Freiheiten beklagt (Interview 15/2/25ff.).

Über diese Punkte herrscht also ein weitgehender Konsens unter den Gesprächspartnern, ein Konsens der bezeugt, dass sich niemand Illusionen macht über den politischen Zustand des Landes und der auf Forderungen deutet, die über wirtschaftliche Stabilität und Wachstum hinausgehen. Bei der Analyse der in den Interviews artikulierten Forderungen wird sich aber zeigen, dass jene nach Fortschritt, nach Modernisierung aber auch nach „Ordnung“ weiterhin prominent vertreten sind und durchaus die Oberhand haben gegenüber genuin politischen nach mehr Demokratie. Und Fortschritt, Modernisierung und Ordnung rangierten, wie gesehen, auch prominent im offiziellen Diskurs.

11.3 KERNFORDERUNGEN IM GEGEN-HEGEMONIALEN DISKURS

11.3.1 Forderungen im gegen-hegemonialen Diskurs: politische Identität

Insgesamt werden die Befürchtung, „vergessen zu werden“ oder hinterher zu hinken, und die daraus resultierende Forderung nach *Modernisierung* in allen Interviews besonders prominent zum Ausdruck gebracht. Ein Politikwissenschaftler formuliert die Sorge, dass Russland auf einer „internationalen Modernisierungs-Agenda“ (im Sinne von Globalisierung) fehlen könne und provinziell bleibt – herangezogen wird dann, wie so oft, der Vergleich mit der „Dritten Welt“

(Interview 7/1/6-15).⁷ Für Russland wird also die Gefahr gesehen, zu einem Globalisierungsverlierer zu werden, dem niemand Beachtung schenkt, weil es schlicht ein wirtschaftlich und politisch irrelevantes Land zu werden droht.

Bezug nehmend auf den Absturz eines Flugzeuges der russischen Kunstflugstaffel 2009 erläutert der Leiter eines unabhängigen Forschungs-instituts:

„De facto wird nichts modernisiert, sondern das unter- und gestützt, was es schon immer gab. Schauen Sie sich zum Beispiel die Kampfflugzeuge an. Denken Sie, das sind moderne Maschinen? Das sind dieselben Modelle, die es schon in den 1980er Jahren gab. Sie werden aber wieder und wieder aktualisiert. Es gibt keine Innovation.“ (Interview 3/3/44-46)

Und weiter: „Der Begriff [„Modernisierung“] ist wie eine heilige Kuh. [Aber] nur Ökonomen benutzen ihn ernsthaft und wissen, dass es de facto keine Modernisierung gibt.“ (Interview 3/4/7-9)

Ein älterer Wirtschafts-Professor lässt sich zu einem Loblied auf Chruščëv hinreißen und damit zu einer Kritik an der von Putin besonders in der ersten Amtsperiode vielbeschworenen Stabilität:

„Stabilität ist ein relativer Begriff. Auch unter Stalin [...] war die Lage stabil. Unter Chruščëv war die Lage wiederum instabiler. Aber es gab Entwicklung in den Bereichen Technik und Kultur. Es gab Technologien, die es im Westen nicht gab; Solženitsyn wurde gedruckt. Heute lässt sich die Situation nicht mit Zeiten Chruščëvs vergleichen. Heute hinken wir 20 Jahre hinterher. Stabilität kann also positiv oder negativ sein, sie ist ein zweischneidiges Schwert. Vor allem kann sie nicht einziges Kriterium für [die] Entwicklung [eines Landes] sein.“ (Interview 13/2/22-30)

Wiederholt wird der Vorwurf laut, dass immer nur punktuell Änderungen zum Besseren vorgenommen würden, meist zu propagandistischen Zwecken, wie beispielsweise beim Besuch hoher Staatsvertreter – dann würden sogar Gullydeckel und Straßenbahn-Schienen überasphaltiert (Interview 9/2/10-13), um die Straßen neu erscheinen zu lassen.

Selten wird in den Gesprächen Modernisierung über rein technologische Aspekte hinausgehend konzipiert. Sergej Mitrochin – der die *Jabloko*-Partei seit 2008 leitet – sieht als Schlüssel für Modernisierung eine Rotation der Eliten (sowie eine Desowjetisierung der Gesellschaft und eine Transformation der Ei-

7 Nikonov (2006f), zum Beispiel, greift ein Diktum Helmut Schmidts auf und betont, Russland dürfe eben kein „Obervolta mit Raketen“ werden.

gentumsrechte). In einem ersten Schritt soll Modernisierung von neuen Eliten angeregt werden und erst in einem zweiten Schritt solle es freie Wahlen geben – wird diese Abfolge nicht eingehalten, sei die Gefahr zu groß, dass Kräfte der Restauration Wahlen gewinnen könnten (Mitrochin 2010) und die erhoffte Modernisierung ausbleibt.

Die Frustration ist groß, weil unter Putin das besonders laut gegebene Modernisierungsversprechen nicht eingehalten wurde. Dabei habe das Regime zugleich alle Mittel in der Hand gehabt, um Modernisierung zu verwirklichen: Die „phantastisch günstigen“ Möglichkeiten durch hohe Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas hätte Putin für die Modernisierung des Landes nutzen müssen, für die Durchführung ökonomischer Reformen, für die Schaffung moderner Streitkräfte, für bessere medizinische Versorgung und Rentensysteme; aber all dies wurde nicht realisiert (Nemcov & Milov 2008: 1; 67). Dabei seien viele selbst bereit gewesen, für eine solche Modernisierung auch politische Einbußen hinzunehmen:

„Viele in Russland dachten, dass womöglich eine autoritäre Modernisierung des Landes die Lösung ist und waren bereit, der Staatsmacht autoritäre Allüren zu verzeihen, solange sie das Land in Ordnung bringt. Doch es kam, wie es damals Viktor Černomyrdin formulierte, ‚wie immer‘: Unter Putin entstand ein Autoritarismus ohne Modernisierung.“ (Nemcov & Milov 2008: 3)⁸

Das Thema der gescheiterten Modernisierung Russlands unter Putin zieht sich durch das gesamte Buch von Nemcov und Milov, die es auf verschiedene Bereiche übertragen und durchdeklinieren. Gerade in Bezug auf kritische und oppositionelle Medien und auch akademische Publikationen ist Modernisierung ein beherrschendes Thema, insbesondere ab 2007ff. (Devyjatkov & Makarychev 2012). Es ist daher vielleicht kein Zufall, dass der neue Präsident Dmitrij Medvedev seine richtungsweisendsten Stellungnahmen zum Thema über die kritischen *Gazeta.ru* („Vorwärts Russland!“) und *Novaja Gazeta* („Deklaration 2009“) verbreitet hat.

Gerade erstgenannter Beitrag bietet reichhaltig Einblick in die Artikulationsversuche und die Expansion des offiziellen Diskurses. Dabei ist Modernisierung Dreh- und Angelpunkt. Alle wichtigen Forderungen sind um jene nach Moderni-

8 In Anspielung auf eines der berühmtesten und in den allgemeinen Sprachgebrauch eingegangenen Bonmots des ehemaligen Ministerpräsidenten. Auf einer Pressekonferenz zu einer (gescheiterten) Geldreform 1993 sagte Černomyrdin: „Wir wollten das beste, doch es kam wie immer.“

sierung gruppiert – wo nötig, wird zurückgegriffen auf Themen aus dem national-patriotischen Spektrum, zum Beispiel wenn der Sieg im Großen Vaterländischen Krieg in eine Linie gestellt wird mit dem Kampf gegen Korruption und Rückständigkeit.⁹ Was Medvedev dann aber ins Feld führt gegen Rückständigkeit, Korruption und Paternalismus, sind verschiedene Ausformungen von Modernisierung und technologischem Fortschritt sowie die Gründung einer Wissensgesellschaft. Am interessantesten jedoch ist die Brücke, die Medvedev zwischen Modernisierung und politischem System schlägt. Sie erinnert stark an Klassiker der politischen Soziologie und Modernisierungstheorie:

„Ich halte das technologische Wachstum für die vorrangige gesellschaftliche und staatliche Aufgabe auch deswegen, weil der wissenschaftlich-technische Fortschritt untrennbar mit dem Fortschritt politischer Systeme verbunden ist [...]. Je wissensbasierter, intellektueller und effektiver unsere Wirtschaft ist, desto höher wird der Wohlstand unserer Bürger sein. [Und] desto freier, gerechter und humaner wird unser politisches System und unsere Gesellschaft als Ganzes.“ (Medvedev 2009b)

Damit sind Präsident Medvedev und der oppositionelle Mitrochin ganz auf einer Linie. In der kritischeren *Novaja Gazeta* deutet Medvedev einen Bruch an, den manche Befürworter einer Modernisierung keinesfalls goutieren werden: Medvedev sieht nicht, warum ein stabiles und erfolgreiches Wirtschaften, warum Modernisierung auf Kosten politischer Rechte und Freiheiten gehen sollte. Demokratie und Wohlstand sollten in keinem Widerspruch zueinander stehen (Medvedev 2009c). Wichtiges Dauerthema, das von Medvedev im Gespräch mit den Journalisten aufgenommen wird, ist das der Privilegien der Bürokratie – die verbreitet auch im gegen-hegemonialen Diskurs als Hemmnis für eine Modernisierung des Landes angesehen wird. Ihre Allmacht wird wiederholt beklagt (Interview 17), ja, die Bürokratie wird gar als „sozialer Parasit bezeichnet“ (Tarasov 2007).

Modernisierung ist auch ein Schlüssel zum Westen: im Sinne eines Verschaffens von Teilhabe und Zugehörigkeit sowie als Möglichkeitsbedingung dafür, mit westlicher Technologie den Fortschritt weiter zu beschleunigen. Von diesen Vorstellungen zeugen die Anfang 2010 von Medvedev mit der EU angelegte „Partnerschaft für (die) Modernisierung (Russlands)“ und die Forderung nach Modernisierungs-Allianzen mit den „wichtigsten internationalen Partnern

9 Letzteres eine klare Forderung aus dem (demokratisch-) oppositionellen Lager, ersteres ein Signifikant aus dem konservativen/national-patriotischen Diskurs.

[...], vor allem mit solchen Ländern wie Deutschland, Frankreich, Italien, der Europäischen Union insgesamt, und den USA“ (Medvedev 2010).

Zwar wird im oppositionellen Lager das Modernisierungsziel geteilt, aber es herrscht weiterhin massive Skepsis vor was die Umsetzung anbelangt:

„Medvedev hat keine umfassende Modernisierungsstrategie vorgelegt. Die Idee der Modernisierung bleibt ein politisches Lippenbekenntnis, begleitet von einigen, kaum miteinander verbundenen Projekten. Die Realisierungschancen dieser wenigen verstreuten Vorhaben sind äußerst gering. Im Ergebnis wird Medvedevs Lösung der ‚Modernisierung‘ auf die soziale und politische Entwicklung in Russland keine wirkliche Auswirkung haben [...]. Zentrale Hindernisse für die Umsetzung der Reformvorhaben Medvedevs sind die außergewöhnlich hohe und weiter wachsende Korruption, die Willkür der Bürokratie und hohe administrative Hürden für Unternehmen [...].“ (Ryžkov 2010: 14)

Angesichts der Ineffizienz und Eigenmächtigkeit der Bürokratie sowie der politischen Passivität der Bevölkerung, die ihrerseits aus einem Mangel an (geistes- und sozialwissenschaftlicher) Bildung resultiere, könne von ihnen aus kein Impuls für politischen Wandel kommen (Interview 15/1/37-39). Für eine echte Modernisierung bedürfe es – paradoxerweise – vor allem eines Willens und einer Initiative „von oben“, ja einer starken Hand. Der neue Präsident Medvedev, so ein Vorschlag, solle eine „Partei der Modernisierung“ gründen beziehungsweise eine bereits bestehende Partei dafür kooptieren – *Edinaja Rossiya* sei hier nicht das richtige Vehikel, möglicherweise aber Gerechtes Russland, die kleinere „Partei der Macht“, die Wählerstimmen von der KPRF abschöpfen sollte (Interview 15/1/47-49). Die Zivilgesellschaft sei zu schwach, weswegen nur der Präsident Initiator von Reformen sein könne: Es bedürfe eines neuen Peter dem Großen (Interview 19/2/23) oder einer Modernisierungsdiktatur (Interview 13/2/51). Zumindest aber eines starken Staates. So verlaute es von einem jungen Parteimitglied von Jabloko, man sei keinesfalls gegen eine aktive Rolle des Staates, sondern befürworte einen Staat „für den Menschen“, der – ohne paternalistisch zu sein – Monopole auflösen und Möglichkeiten für alle schaffen solle (Interview 9/2/38-41). Deswegen gehen selbst Kritiker eines Modernisierungskurses, der nur auf technologische Innovation und Aufholen des Westens fokussiert ist, davon aus, dass eine Kursänderung vom „herrschenden Reformator“ (Mitrochin 2010) – gemeint ist der Präsident – vorgenommen werden müsse. Was in diesem Zusammenhang frappierend erscheint, ist dass bei aller Kritik am bestehenden System sowie bei Anerkennung und prinzipieller Geißelung der demokratischen Defizite zur Erzielung der Modernisierung und zur Verbesserung der Situation keine prinzipiell andere Lösung, kein prinzipiell anderes politisches System

gefordert wird, sondern ein ähnlicher Autoritarismus gesucht wird, wie er bereits Bestand hat – allerdings in einer progressiven, wohlwollenden und aufgeklärten Variante. Das liegt auch an der systematischen Unterschätzung der demokratischen Ambitionen der Bevölkerung und ihres ökonomischen Engagements. In dieser elitären Perspektive machen letztlich Demokratie und Marktwirtschaft keinen Sinn, weil das Volk dazu ohnehin dazu unfähig sei. Deshalb können scheinbar nur ein aufgeklärter Autoritarismus und Staatskapitalismus Lösungen anbieten und letztlich auch die Bevölkerung befähigen oder dazu erziehen, demokratische Subjekte zu werden. Angesichts der Tatsache, dass selbst die intellektuelle Opposition diesen Diskurs vertritt, scheint die Hegemonie des offiziellen Diskurses nur weiter zu erstarken.

Der Ruf nach einer starken Hand wird aber auch damit begründet, dass Extremisten in Schach gehalten werden müssen. So wird bei aller Kritik am Regime auch die Einführung des „Superpräsidentialismus“ unter El'cin begrüßt, weil nur dies eine Machtübernahme durch die LDPR verhindert habe (Interview 15/1/42-45). Verbreitet sind auch nach wie vor Forderungen nach *Ordnung* in verschiedenen Facetten, die über das hinaus gehen, was bisher unter der Administration Putins vorgeblich erfüllt wurde – obwohl sich diese gerade rühmt, dem Chaos, oder dem *bardak* (Bowden 2009) der 1990er Jahre ein Ende gesetzt zu haben. Nach wie vor sei die Forderung nach „sozialem Frieden“ einer der Punkte, über die in Russland weitgehend Einigkeit herrsche (Interview 4/2/4-6). Konkret nimmt diese Forderung aber unterschiedliche Ausformungen an. So wird beklagt, dass das Regime nicht nur keine Modernisierung herbeigeführt, sondern auch eine nur sehr oberflächliche Stabilität hergestellt habe – auf keinen Fall aber eine Rechtsordnung (*pravoporjadok*) (Interview 1/1/7-8, 19-20), womit die alte Forderung nach *Rechtsstaatlichkeit* wieder auftaucht. Dazu passt dann auch die Verurteilung der Korruption generell und der Zügellosigkeit der Miliz (*milicejskij bespredel*). Das Bekämpfen der Korruption ist vielen Gesprächspartnern ein wichtiges Anliegen. Sie erheben Korruptionsvorwürfe gegen die Gesellschaftskammer (Interview 1), gegen die Nationalen Projekte (Interview 11) – die sie mitverantwortlich machen für die Zentralisierung der Macht (Interview 10) – und beklagen Korruption besonders im Kaukasus (Interview 9), speziell im Zusammenhang mit Tschetschenien (Interview 16). Als korruptionsanfällig und ineffizient wird auch die russische Polizei beschrieben, sodass „Menschen die Miliz fürchten und die Straßenseite wechseln, wenn sie einen Milizionär sehen“ (Interview 9/1/23-24).¹⁰ *Bespredel* wird aber auch in einem übergeordneten Sinn

10 Anfang 2011 kündigte Präsident Medvedev eine Milizreform an, mit dem Ziel, die Korruption einzudämmen und mehr Bürgernähe zu schaffen. Unter anderem

angeprangert: als „kulturelle Maßlosigkeit“ in den Medien, zum Beispiel in Form von Pornographie – gerade im Vergleich zu Sowjetzeiten – und als „Freiheit zur Trunksucht“. Denn trotz der vielen Freiheiten, die es auf der Alltagsebene gibt und die reihenweise missbraucht würden, mangelt es an politischer, demokratischer Freiheit, bemängelt ein Experte für russisch-amerikanische Beziehungen (Interview 18/1/33-36).

Freiheit in einem weitergehenden, individuell-politischen Sinn ist keine besonders verbreitete Forderung. Sie spiegelt sich nur wider in einer seltenen, offen negativen Beschreibung der Sowjetzeiten, in denen der Mangel an Reisefreiheit, die Gängelung durch Behörden und ferner wirtschaftlicher Mangel angeprangert werden.¹¹ Naheliegender – angesichts der Tätigkeiten vieler Gesprächspartner – ist die Forderung nach mehr *Freiheiten für Verbände*, NGO und Gewerkschaften. Wiederholt wird das am 17. April 2006 in Kraft getretene NGO-Gesetz als repressiv eingestuft. Das Gesetz verlangt unter anderem eine Neu-Registrierung von Nichtregierungsorganisationen und räumt den Behörden größere Kontrollmöglichkeiten ein. Für einen NGO-Aktivisten bildete dieses Gesetz den Wendepunkt in den Politiken der Administration und leitete eine neue Phase ein, die für die russische Zivilgesellschaft tendenziell negativ ist. Es sei ein „dummes“ Gesetz, das die Arbeit erschwert: „Man braucht nun viel Geld für die Registrierung, die [auch insgesamt] sehr kompliziert geworden ist. Der Sektor ist unter die Kontrolle der Bürokratie gebracht worden.“ (Interview 14/2/25-27) Bedingt durch das Gesetz hätten mehrere NGO ihre Büros, nicht zuletzt im Kaukasus, schließen müssen (Interview 16/3/16-17).

beinhaltet die Reform auch eine Umbenennung in „Polizei“, wogegen unter anderem die KPRF Sturm lief.

- 11 „Wenn man ins Ausland reisen wollte – besonders, aber nicht nur: ins westliche – stand man teilweise unüberwindlichen Hindernissen gegenüber. Wollte ich als Englisch-Lehrerin an einer Konferenz im Ausland teilnehmen, klappte das oft nicht wegen der langen Genehmigungsprozeduren. Wer dann doch rauskam, auf den wartete bei der Rückkehr der KGB: Eine Freundin von mir, eine Architektin, wurde von einem befreundeten jugoslawischen Architekten-Ehepaar nach Belgrad eingeladen – zurück am Moskauer Flughafen hielten ihr die Behörden dann vor, eine Prostituierte zu sein. Sie könne jede weitere Auslandsreise nun vergessen.“ Und an einer anderen Stelle: „Wer die Sowjetunion schön redet, hatte einfach keine Vergleichsmöglichkeit! Die wenigsten konnten ins Ausland reisen. Man machte sich einfach keine Vorstellung von den Unterschieden in der Lebensqualität. Eine Freundin von mir fiel in Ohnmacht beim ersten Anblick der Regale. Auch heute reisen nur wenige Russen ins Ausland.“ (Interview 15/2/33-45)

Dabei werden Verbände, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Organisationen – neben einem starken aber wohlwollenden Präsidenten – als eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten angesehen, Veränderungen in Russland herbeizuführen. Eine Position, die natürlich unter NGO stärker verbreitet ist als zum Beispiel in der Wissenschaft. Diese Forderung ist verbunden mit jener nach *Repräsentanz*. Genau daran würde es in Russland mangeln. Mehrfach wird konstatiert, dass die Parteien keine soziale Basis haben (siehe oben). Besonders Einiges Russland „beteiligt sich nicht an der Formierung der Exekutive, bestimmt keine Strategien für das Land und vertritt keine gesellschaftlichen Interessen“, außer jenen der Bürokratie (Interview 7/3/1-3). Insofern könne die Zivilgesellschaft die Funktion der Repräsentanz, des Aufnehmens und Kanalisierens von gesellschaftlichen Forderungen, gegebenenfalls besser erfüllen als das derzeitige Parteiensystem:

„Seit den 1990er Jahren gibt es keine echten Parteien außer der KPRF. Alle anderen sind persönliche Projekte. Daher nehmen sie keine Interessenvertretungsfunktion wahr. Damals nutzten die Parteien noch NGO als Wahlhilfe [...]. Der Präsident kontrollierte die Minister, diese kontrollierten die Abgeordneten, diese die Parteien, diese die NGO. Heute dagegen sind Parteien und Zivilgesellschaft völlig unverbunden.“ (Interview 1/2/30-36).

Eine Variante wäre nun das alte Verhältnis Parteien-Zivilgesellschaft umzukehren: Das heißt, dass nunmehr die zivilgesellschaftlichen Organisationen in die Rolle der Parteien schlüpfen und die Parteien zu ihren abhängigen Erweiterungen machen könnten. Deshalb fordert derselbe Aktivist auch die vollständige Rücknahme der NGO-Gesetzgebung von 2006, eine Kontrolle der Regierungsarbeit durch die Gesellschaftskammer und eine erweiterte gesellschaftliche Teilhabe an der Politik (Interview 1/3/6-12). Diese Pläne wirken aber sehr optimistisch, implizieren sie doch eine Umkehrung der Machtverhältnisse und der Organisation von Politik in Russland.

Hoffnungen werden selbst auf die Autofahrer im Fernen Osten Russlands gesetzt (Interview 14), die im Dezember 2008 gegen die protektionistisch erhöhten Importzölle auf (gebrauchte) japanische oder südkoreanische Autos protestierten.¹² Zu analogen Aktionen kam es auch in Moskau im Februar 2006 (nach dem

12 Der Handel mit gebrauchten japanischen Fahrzeugen ist in vielen Ländern ein blühendes Geschäft – trotz der in einzelnen Fällen hohen Transportkosten können die Händler unter anderem aufgrund des guten Zustandes der Autos gute Preise erzielen. Im fernen Osten Russlands, einer der bis anhin wichtigsten Importeure, waren die

Ščarbinskij-Urteil)¹³ und im Frühjahr 2010, als sich der Zorn der Automobilisten gegen die vielen Privilegien von vermeintlichen oder tatsächlichen Dienstwagen richtete.¹⁴ Für Deljagin (2006) sind die Autofahrer sogar zu einer „zentralen politischen Kraft“ geworden – deren Widerstand sich allerdings nicht gegen das System, sondern bestenfalls gegen Regierung sowie Bürokratie richtet; und auch das nur auf der Straße: Denn Gleichheit und Gerechtigkeit auf den Autobahnen ist noch nicht unbedingt Gleichheit und Gerechtigkeit auf der politischen Ebene.

11.3.2 Forderungen im gegen-hegemonialen Diskurs: nationale Identität

Forderungen zur nationalen Identität Russlands sind in den Gesprächen weniger nuanciert. Worin sich viele einig sind, ist die *Ablehnung eines ethnischen Nationalismus*. Ein Historiker der Russländischen Akademie der Wissenschaften bemängelt, dass sich die Regierung eine Option auf ethnischen Nationalismus offen hält (Interview 6/2/12), um allenfalls damit die Gesellschaft zu konsolidieren (Interview 5). Die Einheit des Landes sei nicht so gesichert, wie es erscheinen mag:

Transportkosten zudem besonders niedrig. Die Importzölle auf ausländische Fahrzeuge brachten diesen Markt fast völlig zum Erliegen.

- 13 Oleg Ščarbinskij wurde zu vier Jahren in einer Strafkolonie verurteilt, weil er angeblich am Unfalltod eines Gouverneurs beteiligt war – erst später wurde er frei gesprochen.
- 14 Notorisch übertreten große Limousinen mit Blaulicht, die nicht immer politische Granden – sondern häufig Bürokraten oder auch Superreiche und Mafiosi – befördern auf Moskauer Straßen alle Geschwindigkeitsbegrenzungen und sonstigen Verkehrsregeln. Bei Staus weichen sie gerne auf die Gegenseite aus. Auf der anderen Seite werden gewöhnliche Fahrzeuglenker von der notorisch korrupten Verkehrspolizei (im Volksmund weiterhin: GAI – Staatliche Automobilinspektion) gegängelt. Der motorisierte Volkszorn verschaffte sich in originellen Aktionen Luft, bei denen zum Beispiel blaue Eimer auf die eigenen Autodächer fixiert wurden (in Anspielung auf die blauen Leuchten der echten oder falschen Dienstwagen). Die Miliz wusste zunächst nicht einzuschreiten, gab es doch keine Regelung für das Anbringen von Eimern auf Fahrzeugen. In anderen Fällen sorgten Videos im Internet für Furore, die zeigten, wie Autofahrer (im Stau) sich schlicht weigern, Dienstwagen Platz zu machen (zum Beispiel: <http://rutube.ru/tracks/2999426.html?v=bece152b802ab3a47d8bb206ee456001>, <http://www.youtube.com/watch?v=EB2xp6kgX6g> oder <http://www.youtube.com/watch?v=Sxb9IZqJyQY> [03/02/2011]).

„Die Mehrheit des Volkes glaubt, dass sie [die Einheit des Landes] [...] wiederhergestellt ist. Andererseits gibt es zwei Probleme: Erstens besteht Russland aus Territorien, in denen der Gesamtstaat nicht anerkannt wird, [zum Beispiel] Inguschetien, Tschetschenien. Zweitens gibt es nicht-russische [nicht zum russländischen Staatsgebiet gehörende] Territorien, in denen [viele ethnische] Russen leben: die Krim, Kasachstan etc. Damit müssen zwei Aufgaben gelöst werden: Die Integration der Inguschen, Tschetschenen [und allgemein der] Kaukasier – aber dafür gibt es keine adäquate Inklusionsstrategie – sowie zweitens, das Problem des russischen Irredentismus.“ (Interview 5/3/1-13)

Das „Problem“ mit den „Menschen aus dem Kaukasus“ wird auch von anderen Gesprächspartnern gesehen, die eines russischen Nationalismus sonst unverdächtig sind. So erstaunt etwas die Aussage der Forscherin eines unabhängigen Forschungsinstituts: „Tschetschenen werden schlicht nicht als Bürger Russlands angesehen. Und im Übrigen gilt dies auch umgekehrt. Die Tschetschenen verhalten sich wie echte Separatisten.“ (Interview 8/2/42-43)

In diesem Zusammenhang differenzieren sich die Positionen weiter aus. Auch ein Soziologie-Professor stimmt generell zu, dass die ethnisch-diskriminierende Komponente im offiziellen Nationalismus ausgelassen wird, gibt zugleich aber zu bedenken, dass dennoch nach wie vor eine „imperiale“ Mentalität bestünde (Interview 14/3/6-8). Damit bestätigt er die Irredentismus-These nur unter einem anderen Gewand.

Wie auch im offiziellen Diskurs koexistieren Forderungen, die nationalistisch erscheinen, mit solchen, die damit in einem scheinbaren Widerspruch stehen. Letztlich fordern einige Gesprächspartner beides: Sie wenden sich prinzipiell gegen einen Nationalismus, den sie verurteilen, wenn er „ethnisch“ ist, zugleich aber befürworten sie eine *nationalistische Politik*:

„Was wir brauchen ist eine nationalistische Politik – keine ethno-nationalistische, natürlich, denn Ethno-Nationalisten sind sehr unangenehme, gefährliche Leute – sondern eine wie [zum Beispiel] in Frankreich. Russland und die Russen müssen wieder im Zentrum der Politik stehen.“ (Interview 13/3/4-6)

Was damit gemeint ist, wird dann im Folgenden erläutert: Die derzeitige Politik sei eine Imitation von Nationalismus, denn die führenden Politiker würden im (westlichen) Ausland Urlaub machen, dort ihr Geld anlegen und dort ihre Kinder zur Schule schicken: „Derweil fehlt es an Krankenhäusern für Russen! [...] [Der Nationalismus des Staates] ist vor allem nach außen projiziert, es ist eine aggressive Politik – wir aber sind nicht aggressiv, wir wollen das nicht. Was in Geor-

gien und der Ukraine passiert, ist eine Tragödie.“ (Interview 13/3/25-31)¹⁵ Statt den Nationalismus nach außen zu projizieren, sollte der Staat einen Nationalismus nach innen verfolgen.

Linke Oppositionelle jenseits der KPRF machen direkt die Regierung (und indirekt den Westen) mitverantwortlich für den Anstieg von Ethno-Nationalismus und Rechtradikalismus in Russland:

„[...] solange das Bildungsministerium, umschlungen von der Soros-Stiftung, nicht aufhört, seine Aufgabe darin zu sehen, ein falsches Geschichtsbild zu lehren, sondern antikomunistische Propaganda [verbreitet], einschließlich der Herabsetzung und Verwischung des Beitrages der Sowjetunion und der Armee bei der Zerschlagung des Faschismus, [...] solange sich die[se] Situation nicht ändert, kann man nicht darauf zählen, dass sich die ‚Skinheadisierung‘ und ‚Faschisierung‘ unserer Jugend totläuft.“ (Tarasov 2002)

Hier wird der Ethno-Nationalismus von „links außen“ kritisiert, die UdSSR in Schutz genommen und zugleich – in Form von George Soros – der Westen angegriffen. Aus dieser oppositionellen Perspektive sind es eine ganze Reihe verschiedener Akteure, die sich gegen Russland verschworen haben und den Nationalismus befördern. Pikanterweise ist die politische Führung Teil dieser antirusischen Verschwörung – dazu passe auch, dass deren Mitglieder ihre Kinder im westlichen Ausland ausbilden ließen. Ist westlichen Beobachtern die russische Regierung oft zu nationalistisch, ist sie in diesem gegen-hegemonialen Diskurs nicht „richtig“ nationalistisch.

Mit später erschienenen Lehrbüchern dürfte sich aber diese Einschätzung verändert haben. Insbesondere das Lehrbuch „Geschichte Russlands, 1945-2007“ von Alexandr Filippov, Alexandr Danilov und Anatolij Utkin – vor allem in der ersten Auflage – betont auch die Errungenschaften und Leistungen der russischen Regimes des 20. Jahrhunderts bei gleichzeitiger Ausblendung der „dunkleren Seiten“ der Geschichte (Kurilla 2008).¹⁶

Vielleicht auch angesichts solcher Entwicklungen schätzen Kritiker wie Aleksandr Auzan, dass es nach 2003 zu einer „patriotischen Konsolidierung“ oder Retraditionalisierung gekommen ist: War in den 1990er Jahren noch der

15 Gemeint ist damit die generelle politische Entfremdung zwischen Russland und den beiden ehemaligen sowjetischen Republiken, die sich vermehrt dem Westen zugewandt hatten. Im Falle Georgiens gipfelte diese Entzweiung in der Deportation von Georgiern aus Moskau und im Süd-Ossetien-Krieg 2008.

16 Dazu auch ausführlicher in Novaja Gazeta (2008). In den Interviews spielten der Stalinismus und dessen Aufarbeitung generell keine besondere Rolle.

Wert der Freiheit dominierend, standen 2003 Forderungen nach Stabilität und Gerechtigkeit¹⁷ im Mittelpunkt des politischen Diskurses. 2007/2008 allerdings wurde der Marker der Großmacht zum Signifikanten mit der größten Bindekraft (Auzan 2008; Müller 2010).

Nur vereinzelt gibt es explizite Forderungen nach einer *staatsbürgerlichen nationalen Identität*, insbesondere in Abgrenzung zu den Versuchen der Etablierung einer solchen unter El'cin:

„Unter El'cin war die Situation anders. Da gab es echte Versuche, eine staatsbürgerliche Identität aufzubauen. Er wollte wirklich eine staatsbürgerliche Identität begründen; [...] aber das El'cin-Regime war zu schwach. Zudem gab es eine zu starke nationalistische Opposition. Putin dagegen hat in acht Jahren maximal zwei, drei Mal das Wort *rossijane* in den Mund genommen. Unter Putin gab es überhaupt keine Versuche, eine staatsbürgerliche Identität zu begründen.“ (Interview 8/3/7-36)

Schließlich wird, trotz verschiedener Akzentuierungen, in der Interviews eine vergleichsweise eindeutige Forderung nach *Zugehörigkeit zu Europa* deutlich. Zwar bescheinigt man Russland eine „eurasische Kultur“¹⁸ aber man ergänzt gleich im Anschluss: „Russland ist ein anderes Europa – kein besseres, kein schlechteres“ (ibid.), was der typischen Positionierung im offiziellen Diskurs entspricht. Diese Forderung nach Einschluss ist aber gekoppelt mit einem Gefühl, von Europa vergessen worden zu sein:

„Anfang der 1990er Jahre habe ich in Italien den Themenpark *Europa in Miniatura* besucht und habe die ganze Zeit nach den Palästen von und um St. Petersburg Ausschau gehalten ohne sie zu finden! Man hat uns in Europa vergessen! Das ist bezeichnend!“ (Interview 15/2/18-21)

Vor dem Hintergrund des Antrittsbesuchs Barack Obamas in Moskau im Juli 2009 stellt ein unabhängiger politischer Analyst die Situation in eine globale Perspektive und sieht die Herausforderung nicht nur darin, Russland als Teil Europas zu fassen, sondern überhaupt *Russlands Zugehörigkeit zur „fortschrittlichen Welt“*:

17 Dem entspricht, Auzan folgend, die Zerschlagung von Jukos sowie die Zügelung der Oligarchen.

18 „Ich würde nicht so weit gehen zu sagen, dass Russen Asiaten mit europäischem Gesicht sind, doch das chinesische Modell ist uns näher [als das europäische]. Nur dass die Chinesen eine effizientere Bürokratie haben.“ (Interview 13/3/10-13)

„Obama hat Russland vor die Wahl gestellt: ‚Macht mit, passt euch an, und ihr seid dabei [gemeint ist: eine ‚internationale Modernisierungsagenda‘] – wenn nicht, dann nicht‘. [...] Ich fürchte um Russland [*ja pereživaju po Rossiju*], dass es in seiner Provinzialität verharren wird, die von der Provinzialität der Führung abhängt. Es gibt eine regelrechte Inkompetenz in der Entscheidungsfindung. Es wird ein Haufen inkompetenter Entscheidungen getroffen.“ (Interview 7/1/9-17)

11.4 ZUSAMMENFASSUNG UND BEWERTUNG

Insgesamt zeichnet sich ein sehr heterogenes Bild der in diesem Strang des gegen-hegemonialen Diskurses artikulierten Elemente und Forderungen ab. Viel Übereinstimmung gibt es in der Bewertung der autoritären Tendenzen, in der Einschätzung des Parteiensystems und in der ambivalenten Rolle, die dem Präsidenten zugesprochen wird.

Ein Großteil der manifestierten Unzufriedenheit bezieht sich zum einen auf das Scheitern jeglicher Repräsentativität des bestehenden Regimes. Die Interviewpartner, die bei allen Unterschieden höhere Bildung und entsprechende Berufe teilen, sehen sich durch die bestehenden Strukturen nicht vertreten. Nicht zuletzt die „Partei der Macht“ wird als äußerst partikulare Interessen (der Bürokratie) vertretend angesehen (was im Widerspruch zu ihrem populistischen Programm steht).

Der Wunsch nach Modernisierung Russlands ist eines der zentralen Anliegen. Dieses auch gerade unter Putin seitens der Regierung häufig gegebene Versprechen wird in den Interviews als nicht oder nur unzureichend eingelöst eingestuft. Letztlich liefe die Regierungshaltung auf das hinaus, was Vladimir Ryžkov so einschätzt:

„Das Schlagwort *Modernisierung* ist somit nicht auf eine Veränderung des Systems gerichtet, sondern, im Gegenteil, auf dessen Festigung und Erhaltung. Der Kreml ist bestrebt, die Infrastruktur sowie die technologische Basis des Systems zu modernisieren, um noch dauerhafter seine autoritären, monopolistischen Strukturen zu festigen, die auf Rohstoffexport basieren.“ (Ryžkov 2010: 14)

Das frappierende ist die teilweise geäußerte Sehnsucht nach einer starken Hand bei gleichzeitiger Verurteilung der Amtsführung Putins – der immerhin viele Forderungen aufgegriffen hat (neben jener nach Modernisierung auch Forderungen nach Ordnung und Rechtsstaatlichkeit). Frappierender ist außerdem, dass selbst nach der schlechten Erfahrung mit Putin nun teilweise dieselben Erwar-

tungen an Medvedev gerichtet werden: Möge doch seine starke Hand Modernisierung bringen! Das Problem scheint also nicht so sehr darin zu liegen, dass das „System Putin“ die falschen Forderungen aufgreift, sondern vielmehr, dass es sie nicht erfüllt hat.

Alle Interviewpartner lehnen einen ethnischen Nationalismus kategorisch ab. Nicht selten aber geriert sich der gegen-hegemoniale Diskurs aber durchaus „national“ pro-russisch. Das steht in einem latenten Widerspruch zu der ebenfalls verbreiteten Forderung nach Zugehörigkeit zu Europa.

Insgesamt scheinen viele der Interviewpartner implizit dem positivistischen Motto zu folgen: „Ordnung als Grundlage und Fortschritt als Ziel“. Naturgemäß sieht sich die Intelligenzija als Avantgarde, als das „Russland des 21. Jahrhunderts“ (Interview 13).

